



Wie Sie Zugang zu Ihren bei Europol gespeicherten personenbezogenen Daten beantragen können: ein Leitfaden

*Diese Ressource wurde von Romain Lanneau, Statewatch (romain@statewatch.org) und Chloé Berthélémy, EDRI (chloe.berthelemy@edri.org), unter Beteiligung von Chris Jones (Statewatch), Jesper Lund (IT-Pol), Caterina Rodelli (Access Now) und Laure Baudrihaye erstellt. Wir freuen uns über Feedback zur kontinuierlichen Verbesserung. Bitte kontaktieren Sie uns, wenn Sie von diesem Leitfaden Gebrauch machen und eine Anfrage nach personenbezogenen Daten an Europol stellen. Dies könnte uns bei der Verbesserung unserer Advocacy-Arbeit sehr helfen. **Bitte beachten Sie, dass die Ratschläge in diesem Leitfaden keine Rechtsberatung durch einen Rechtsanwalt darstellen und diese auch nicht ersetzen können.***

Dieser Leitfaden richtet sich an Aktivist:innen, Anwält:innen und andere interessierte Personen, die Zugang zu den von Europol verarbeiteten personenbezogenen Daten zu ihrer eigenen Person oder ihren Klient:innen erhalten möchten. Er bietet einen kurzen Überblick über den politischen Kontext, Ratschläge und Informationen zum Prozess der Beantragung der eigenen personenbezogenen Daten, relevante Ressourcen sowie eine Musteranfrage.

Inhalt:

1. Politischer Kontext
2. Warum es wichtig ist, Auskunftersuchen zu stellen
3. Ausübung des Auskunftsrechts bei Europol: Grundsätze & Tipps
4. Wichtige Informationen vor der Antragsstellung
5. E-Mail-Vorlage
6. Mögliche Antworten von Europol & was sie bedeuten
7. Quellen

Warum Auskunftersuchen?

Die Befugnisse von Europol wurden in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gestärkt, was dazu geführt hat, dass die Agentur eine zunehmende Rolle in polizeilichen Aktivitäten und

Operationen spielt. Die Überwachung und Unterdrückung von Einzelpersonen und Organisationen haben auf europäischer Ebene zugenommen. Auskunftersuchen helfen uns, das Ausmaß der Datenerhebung und -verarbeitung durch der Agentur zu verstehen und die Kontrolle zu verstärken.

1. Politischer Kontext

[Europol](#) ist die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, Informationen und Daten von nationalen Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten, internationalen Organisationen wie Interpol, Drittländern und privaten Unternehmen zu empfangen, zu teilen und zu analysieren. Damit sollen die nationalen Strafverfolgungsbehörden "bei der Prävention und Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Terrorismus und anderen Formen schwerer Kriminalität" unterstützt werden.

Die Befugnisse von Europol wurden in den letzten zehn Jahren ständig ausgebaut, was dazu geführt hat, dass die Agentur eine zunehmende Rolle in polizeilichen Aktivitäten und Operationen spielt. Dazu gehört die Verarbeitung von Daten zu politischen Aktivitäten, Reisenden sowie Nicht-EU-Bürger:innen. Das bedeutet, dass die Überwachung und Repression von Einzelpersonen und Organisationen auf europäischer Ebene durch den täglichen, umfangreichen Datenaustausch zwischen der Agentur und verschiedenen europäischen Polizei- und Migrationsbehörden intensiviert wurden.

Die Auswirkungen davon sind erheblich und vielfältig: Einschränkung des Rechts auf Bewegungsfreiheit, Sperrung von Bankkonten, verstärkte Überwachung, häufigere Identitätskontrollen und die Möglichkeit der Festnahme und Inhaftierung. Darüber hinaus werden betroffene Personen selten darüber informiert, dass ihre Daten an Europol und ausländische Behörden übermittelt wurden.

Europol spielt eine aktive Rolle bei der zunehmenden Kriminalisierung von [sozialen Bewegungen](#), [Protesten](#) und [Community-Organisierung](#) in Europa. Da die Agentur hauptsächlich auf von nationalen Behörden bereitgestellten Daten angewiesen ist, integriert sie die [polizeilichen Ziele](#) und Strategien der Mitgliedstaaten, wodurch missbräuchliche Überwachungspraktiken (z.B. [gezielte Maßnahmen gegen Aktivist:innen für soziale Gerechtigkeit](#)) ausgeübt und [diskriminierende Vorurteile](#) durch den Einsatz von Datenverarbeitungstechnologien reproduziert werden.

Diese Tendenz zeigt sich in den häufigen Versuchen der Agentur, legitime politische Aktivitäten mit Terrorismus und gewalttätigem Extremismus in Verbindung zu bringen. Der jährliche *„Terrorism Situation and Trend Report“* von Europol veranschaulicht, wie die Mitgliedstaaten und Europol eine weit gefasste Definition von Terrorismus nutzen, insbesondere wenn sie sie auf [linke Bewegungen](#) anwenden. So werden beispielsweise gewalttätige Demonstrationen, Konfrontationen mit der Polizei und direkte Protestaktionen als terroristische Handlungen und nicht als Störung der öffentlichen Ordnung dargestellt. In [ihrem Bericht für das Jahr 2023](#) gibt Europol zu: „Schwankungen in der Anzahl der terroristischen Angriffe der letzten drei Jahre sind zumindest teilweise auf die wechselnde Klassifizierung von linken Vorfällen durch die meldenden Länder als terroristische Angriffe oder extremistische Vorfälle zurückzuführen“.

2. Warum es wichtig ist, Auskunftersuchen zu stellen

- **Das Ausmaß des Problems verstehen**

Wir wissen nicht, wie viele Menschen von den Praktiken der Datenerhebung, -verarbeitung und -weitergabe durch Europol betroffen sind. Auskunftersuchen können uns helfen, die Umstände, unter denen nationale Behörden die Übermittlung personenbezogener Daten für erforderlich halten, sowie die Gründe dafür zu verstehen. Wenn Sie einen Antrag gestellt und eine Antwort erhalten haben, setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung.

- **Öffentliche Kontrolle über die Agentur erhöhen**

Europol als EU-Agentur für die polizeiliche Zusammenarbeit wurde im Vergleich zu ihrem Pendant für Grenzkontrollen, Frontex, bisher relativ wenig von der Öffentlichkeit beachtet. Dies hat es der Agentur ermöglicht, weitgehend ohne Transparenz, Rechenschaftspflicht oder Aufsicht zu operieren. Mit Auskunftersuchen wird die Agentur für die Verarbeitung personenbezogener Daten zur Verantwortung gezogen. Europol wird gezwungen, die Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit einer solchen Verarbeitung zu begründen, und die Anfragen verdeutlichen das Interesse der Bürger:innen an der Durchsetzung ihrer Rechte und der Anfechtung der Überwachung durch Europol.

- **Rechtswidrige Rasterfahndungspraktiken durch nationale Ermittlungsbehörden und Europol anfechten**

Wir befürchten, dass die Agentur mit dem [neuen Europol-Mandat](#) [siehe den [Bericht von Statewatch](#) für weitere Details], das 2022 verabschiedet wurde, zunehmend massive Datenmengen erhalten wird, einschließlich Daten aus [rechtswidrigen Massenerhebungen](#), die auch Daten enthalten können, die nicht unter das Europol-Mandat fallen. Es ist wichtig zu wissen, wie häufig Personendaten ungerechtfertigt im Rahmen einer [Rasterfahndung](#) an Europol übermittelt werden.

- **Auskünfte von Europol darüber einholen, welche Daten erhoben und wie sie verarbeitet wurden, um sie als Beweismittel in Strafverfahren zu verwenden**

Auskunftersuchen können Menschen, die mit strafrechtlichen oder anderen Verfahren (z. B. migrationsbezogen) konfrontiert sind, dabei helfen, notwendige Informationen für ihre Verteidigung (bzw. für Anträge oder Berufungen in Migrationsverfahren) zu erhalten. Dies ist besonders wichtig bei Verfahren, die vermutlich auf Untersuchungen beruhen, die grenzüberschreitende europäische Polizei- und/oder Justizzusammenarbeit oder Informationsaustausch beinhalteten. Auskunftersuchen können helfen festzustellen, ob und wie Europol zu den Ermittlungen beigetragen hat, und sie können sicherzustellen, dass diese Maßnahmen ebenso wie die Aktivitäten der nationalen Polizeibehörden einer gerichtlichen Prüfung unterzogen werden. Durch die Anfragen wird außerdem sichergestellt, dass die Informationen innerhalb des geltenden Rechtsrahmens gesammelt und analysiert wurden und zuverlässige Beweismittel.

3. Ausübung des Auskunftsrechts bei Europol: Grundsätze & Tipps

Artikel 80 der [Verordnung 2018/1725](#) zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Union gewährt das Recht, Informationen darüber zu erhalten, ob die eigenen personenbezogenen Daten von Europol verarbeitet werden (siehe hier die [Liste der Informationen, die angefordert werden können](#)). Es entstehen keine Kosten für die Ausübung dieses Rechts und es gibt keine spezifischen Anforderungen an das Format eines Antrags (siehe unten eine E-Mail-Vorlage).

Für den Fall, dass:

- Sie glauben, dass Europol Daten in Bezug auf Sie aufgrund Ihrer Mitgliedschaft in einer Bewegung oder Ihrer Teilnahme an einem bestimmten Ereignis speichert, empfehlen wir Ihnen, zusätzliche Informationen anzugeben, wenn Sie ein Auskunftersuchen stellen. Relevante Informationen könnten sich auf den Zeitraum, die Umstände oder das Ereignis beziehen, die eine Polizeibehörde veranlasst haben könnten, Informationen über Sie zu sammeln und diese an Europol weiterzugeben. Dies wird dem:der Datenschutzbeauftragten bei Europol helfen, Ihre Daten in den Systemen zu identifizieren, und spart Ihnen Zeit.
- Sie oder Ihr:e Anwält:in glauben, dass Europol an einer strafrechtlichen Ermittlung gegen Sie beteiligt war, raten wir Ihnen, in Ihrem Antrag Informationen über die Anklage- und Ermittlungsbehörde und gegebenenfalls die Art der Anschuldigungen und die Daten der Ereignisse, gegen die ermittelt wird, anzugeben.

Zusätzliche Informationen können manchmal wichtig sein, denn wenn Europol nicht mit Sicherheit feststellen kann, dass personenbezogene Daten in den Systemen der Agentur mit Ihnen übereinstimmen, wird Europol Ihnen die Daten nicht zur Verfügung stellen. Der Europäische Datenschutzbeauftragte (EDSB) [unterstützt diesen Ansatz](#), um eine Beeinträchtigung der Rechte und Freiheiten anderer zu vermeiden. Der EDSB ist die Aufsichtsbehörde, die für die Überwachung der Einhaltung des Datenschutzrechts durch Europol verantwortlich ist.

Sie müssen sich jedoch der **möglichen negativen Folgen der Angabe dieser zusätzlichen Informationen an Europol bewusst sein**, da sie Ihre politischen Aktivitäten aufzeigen und die Polizei dazu veranlassen könnten, weiter gegen Sie zu ermitteln oder diese Informationen mit laufenden Ermittlungen in Verbindung zu bringen (siehe „Wichtige Informationen vor der Antragstellung“ unten). Der [EDSB hat Europol angewiesen](#), dass personenbezogene Daten in einem Auskunftersuchen nur zum Zweck der Beantwortung des Ersuchens und nicht für die operative Analyse von Europol verwendet werden dürfen. Darüber hinaus könnte eine Einschränkung des Umfangs Ihres Antrags auf einen bestimmten Zeitraum bedeuten, dass Europol Sie möglicherweise nicht über andere Fälle informiert, in denen Ihre Daten gesammelt, gespeichert oder verarbeitet wurden.

Sie können strategisch gleichzeitig Anfragen an nationale Behörden stellen. Wenn beispielsweise von Europol verarbeitete Informationen in Gerichtsverfahren verwendet werden und die Agentur nicht oder nur verspätet antwortet, können Sie versuchen, Informationen über den Datenaustausch zwischen Europol und nationalen Behörden sowie die Beteiligung von Europol an einer Untersuchung zu erhalten, indem Sie sich auf das [Recht auf Zugang zu Informationen in Gerichtsverfahren](#) über nationale Behörden berufen.

4. Wichtige Informationen vor der Antragsstellung

- **Bereiten Sie sich auf einen langwierigen Prozess vor**

Aufgrund des Konsultationsprozesses zwischen verschiedenen Behörden und der allgemeinen Zurückhaltung der Strafverfolgung bei der Weitergabe von Informationen (insbesondere, wenn sie politisch sensibel sind) ist der Prozess der Antragstellung langsam. Ein [aktueller Fall](#) hat gezeigt, dass selbst wenn sich der EDSB eines individuellen Falls annimmt, Europol und nationale Behörden nicht besonders kooperativ sind.

- **Werden Sie mehr Aufmerksamkeit von der Polizei erhalten?**

Dieses Risiko hängt weitgehend von Ihrer individuellen Situation in Bezug auf die Strafverfolgungsbehörden und der politischen Situation in Ihrem Land ab. Es hängt auch von der nationalen Polizeipraxis im Zusammenhang mit Auskunftsersuchen ab.

- **Erhalten Sie Entschädigung?**

Die Möglichkeit, für die ungerechtfertigte Verarbeitung personenbezogener Daten durch Europol entschädigt zu werden, ist derzeit eine offene Frage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH). Abhängig von der endgültigen Entscheidung in diesem [laufenden Verfahren](#) könnte es möglich sein, sowohl von Europol als auch von der nationalen Behörde, die die Daten zur Verfügung gestellt hat, Schadensersatz zu verlangen.

5. E-Mail-Vorlage

Wichtig: Sie müssen eine Kopie Ihres Ausweises oder der Informationsseite Ihres Reisepasses beifügen, um Europol die Überprüfung Ihrer Identität zu ermöglichen. Informationen, die nicht notwendig sind, um die Identität der betroffenen Person zu bestätigen (z. B. Foto und Augenfarbe), können gemäß den [EDSA-Leitlinien 01/2022](#) über Auskunftsersuchen auf der Kopie des Ausweisdokuments geschwärzt werden. Falls der Antrag von einem:einer Anwält:in in Ihrem Namen gestellt wird, sollten Sie auch eine Vollmacht beifügen. Der Antrag kann per Post oder per E-Mail an die Datenschutzabteilung von Europol [dpf@europol.europa.eu] mit dem Betreff: „Antrag auf Zugang zu personenbezogenen Daten“.

Guten Tag Europol,

ich möchte von meinem Recht auf Zugang zu meinen Daten Gebrauch machen.

Hiermit beantrage ich, zu erfahren, ob Europol meine personenbezogenen Daten speichert oder ob meine personenbezogenen Daten in der Vergangenheit gespeichert wurden und ob sie noch in Ihrem Archiv zu finden sind.

Falls meine Daten von Europol verarbeitet wurden oder werden, möchte ich wissen:

- *welche personenbezogenen Daten verarbeitet werden;*
- *den Zweck und die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung;*
- *welche Kategorien von personenbezogenen Daten betroffen sind;*
- *die Empfänger:innen oder Kategorien von Empfänger:innen, an die die personenbezogenen Daten weitergegeben wurden oder werden, insbesondere Empfänger:innen in Drittländern oder internationale Organisationen.*
- *wenn möglich, den vorgesehenen Zeitraum, für den die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieses Zeitraums;*
- *das Bestehen des Rechts, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen die Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung der die betroffene Person betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen oder gegen eine solche Verarbeitung Widerspruch einzulegen;*
- *das Recht, eine Beschwerde beim Europäischen Datenschutzbeauftragten einzureichen, sowie dessen Kontaktdaten;*

- *alle verfügbaren Informationen über die Herkunft/Quelle der personenbezogenen Daten;*

Mit freundlichen Grüßen,

[Ihr Name]

6. Antworten von Europol & Abhilfemaßnahmen

Europol wird den Datenübermittler und jede andere relevante zuständige Behörde konsultieren, um zu entscheiden, ob Ihrem Antrag stattgegeben wird oder nicht. Wenn ein Mitgliedstaat oder der Datenübermittler Einwände gegen die von Europol vorgeschlagene Antwort erhebt, teilt er Europol die Gründe dafür mit. Europol ist verpflichtet, solchen Einwänden „umfassend Rechnung“ zu tragen und den Mitgliedstaat oder den Datenübermittler über die endgültige Entscheidung zu informieren.

Nach Angaben von Europol wird die Entscheidung immer im Einzelfall getroffen, und pauschale Beschränkungen der Rechte der betroffenen Personen (dazu gehören Rechte, die jeder natürlichen Person nach den EU-Datenschutzvorschriften zustehen, wie das Recht auf Auskunft) werden nicht vorgenommen. Dies gilt auch für Fälle, in denen die personenbezogenen Daten aus einem Mitgliedstaat stammen, in dem das nationale Recht (noch) pauschale Einschränkungen zulässt.

Unsere Erfahrung zeigt, dass Europol sehr darauf bedacht ist, die Ermittlungsinteressen der Mitgliedstaaten zu schützen und daher in der Regel zögerlich ist, Zugang zu Daten zu gewähren.

Sie könnten eine der folgenden beiden Antworten erhalten:

1. Keine Daten, zu denen Sie Zugang haben können

„Bei Europol sind keine Sie betreffenden Daten vorhanden, auf die Sie gemäß Artikel 36 der Europol-Verordnung/Artikel 80 der Verordnung 2018/1725 Zugriff haben.“

Was bedeutet das?

Dies deutet stark darauf hin, dass Europol tatsächlich Sie betreffende Daten verarbeitet.

Europol ist jedoch der Ansicht, dass eine teilweise oder vollständige Einschränkung Ihres Auskunftsrechts durch eine oder mehrere der folgenden Ausnahmen gemäß Artikel 81 der Verordnung 2018/1725 gerechtfertigt ist;

- um offizielle oder rechtliche Anfragen, Untersuchungen oder Verfahren nicht zu behindern;
- um die Vorbeugung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung von Straftaten oder die Vollstreckung von Strafen nicht zu beeinträchtigen;
- um die öffentliche Sicherheit der Mitgliedstaaten zu schützen;
- um die nationale Sicherheit der Mitgliedstaaten zu schützen;
- um die Rechte und Freiheiten anderer, wie Opfer und Zeug:innen, zu schützen.

Europol ist nicht verpflichtet, Ihnen zu erklären, warum Ihr Antrag abgelehnt wurde, wenn eine dieser Ausnahmen geltend gemacht wird (Artikel 81(2)).

Die Anwendung einer dieser Ausnahmen muss jedoch „in einer demokratischen Gesellschaft unter gebührender Berücksichtigung der Grundrechte und legitimen Interessen der betroffenen natürlichen Person“ notwendig und verhältnismäßig sein.

Sie können die Entscheidung anfechten, indem Sie eine Beschwerde beim EDSB einreichen, wie in der Entscheidung von Europol angegeben. Europol muss die sachlichen oder rechtlichen Gründe, auf die sich die Entscheidung stützt, dokumentieren, damit der EDSB die Stichhaltigkeit dieser Gründe beurteilen kann.

Sie können auch vor dem EuGH Rechtsmittel einlegen. Beachten Sie jedoch, dass dieses Verfahren kostspielig und langwierig ist, da es sich über viele Jahre hinziehen kann. Für [Verfahren vor dem EuGH](#) fallen keine Gerichtsgebühren an, aber der Gerichtshof übernimmt nicht die Gebühren und Auslagen des:der Anwalt:in, von dem:der Sie sich vertreten lassen müssen. Sie können [Prozesskostenhilfe](#) beantragen.

2. Es sind keine Daten gespeichert

„Es liegen keine Sie betreffenden Daten vor, die bei Europol verarbeitet werden.“

Was bedeutet das?

Es ist wahrscheinlich, dass Europol keine Daten über Sie verarbeitet.

Dies schließt jedoch nicht aus, dass Ihre Daten in der Vergangenheit verarbeitet und inzwischen gelöscht wurden, um den Datenschutzbestimmungen zu entsprechen oder um einer Aufforderung der nationalen Behörde nachzukommen, die Ihre Daten weitergegeben hat.

Außerdem ist es wichtig zu wissen, dass, auch wenn Europol möglicherweise keine Daten über Sie verarbeitet, eine Behörde des Staates, in dem Sie leben, früher gelebt haben oder den Sie besucht haben, dies tun könnte. Nach EU-Recht (Artikel 14 der Strafverfolgungsrichtlinie) haben Sie auch das Recht auf Zugang zu Ihren personenbezogenen Daten, die von nationalen Strafverfolgungsbehörden verarbeitet werden.

Europol durchsucht auf Antrag nur die Datenbanken, für die

Als Antwort auf eine Anfrage auf Zugang wird Europol nur in den Datenbanken suchen, für die die Agentur verantwortlich ist. Dies umfasst nicht die große Datenbank SIS II (Schengener Informationssystem), für die eine Anfrage auf Zugang an die nationalen Strafverfolgungsbehörden gestellt werden muss.

7. Quellen

- [Leitfaden des EDSA](#): Der Europäische Datenschutzausschuss (EDSA), das europäische Gremium zur Koordinierung der nationalen Datenschutzbehörden, die mit der Überwachung des Umgangs der Polizei mit personenbezogenen Daten beauftragt sind, hat im Juli 2023 einen eigenen Leitfaden veröffentlicht. Der Leitfaden stellt die Rechte der betroffenen Personen in der Europol-Verordnung vor und enthält eine Liste mit Kontaktdaten der nationalen Stellen, an die Anträge auf Auskunft, Berichtigung oder Löschung von Daten zu richten sind, wenn sie nicht direkt an Europol gerichtet werden.
- [Europol-Verordnung 2022/991](#)
- [Verordnung 2018/1725 zum Datenschutz durch die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union](#)
- [Europols Webseite zum Recht auf Zugang](#)
- [Fair Trials, "Europol told to hand over personal data to Dutch activist", 2022](#)
- [Statewatch, "Empowering the police, removing protections: the new Europol Regulation", 2022](#)

